

Tarifverhandlungen

Spreng-Stoff

Der Marburger Bund (MB) steht vor neuen Herausforderungen. Wenige Tage vor Abschluss der Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ist absehbar, dass die vom MB geforderten Korrekturen am Eckpunktepapier nicht berücksichtigt werden. Die Ablehnung des TVöD durch die MB-Hauptversammlung am 10. September in Berlin wäre dann nur noch Formsache. Damit steht auch die Kooperation mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) vor dem Aus. Bislang verhandelt ver.di bei den Gesprächen mit Bund und Kommunen (die Länder sind ausgestiegen) in Vollmacht auch für den MB. Für die Klinikärztegewerkschaft ergäbe sich eine völlig neue Situation: Sie müsste künftig eigenständig Tarifverträge mit den öffentlichen Klinikarbeitgebern aushandeln, die nur für die Ärzte gelten.

Dies bedeute zwar eine erhebliche Intensivierung der Arbeit, vor

einer solchen neuen Ära für den Verband sei ihm jedoch nicht bange, betonte Dr. med. Frank Ulrich Montgomery am 20. August in Dortmund. Dort, bei der Hauptversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz, bekam der MB-Bundesvorsitzende die Wut der Mitglieder über die bisherigen Verhandlungsergebnisse zu spüren. Dr. med. Rudolf Kaiser aus Münster fasste die Kritik zusammen: „1. Die Basis ist mit dem Verfahren in der Tarifpolitik nicht einverstanden. 2. ver.di vertritt nicht unsere Interessen, sondern betreibt eine Umverteilung von oben nach unten zu unseren Lasten. 3. Vertrauen ist die Grundlage für ver.di Mandat. Dieses Vertrauen ist erschüttert.“

Vorwürfe, der Bundesvorstand habe zu lange an der Kooperation mit ver.di festgehalten, konterte Montgomery: „Die Kündigung des Vertretungsmandats während der Verhandlungen hätte zur Folge, dass

wir gar nicht mehr gehört werden.“ Er verwies auch auf die Statuten, wonach nur die Große Tariff Kommission oder die Hauptversammlung dies entscheiden dürfe.

Wahrscheinlich ist, dass Bund und Kommunen auch dann, wenn der MB den TVöD ablehnt, diesen für die Ärzte in ihren Kliniken anwenden. Dagegen werde der MB dann gerichtlich vorgehen, kündigte Rudolf Henke, Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz, an. Es drohe ein langer Rechtsstreit durch die Instanzen. Um die Arbeitgeber nichtsdestotrotz zum Abschluss eines arzt-spezifischen Tarifvertrags zu bewegen, könnten die Streiks und Proteste der Uniklinik-Ärzte sehr hilfreich sein, meinte Henke. Denn diese demonstrierten einen bei Ärzten nicht für möglich gehaltenen Kampfeswillen und führten den Arbeitgebern vor Augen, dass „ein Krankenhaus ohne Ärzte letztlich ein Pflegeheim ist“. Jens Flintrop

Deutsches Ärzteblatt

Weiter an der Spitze

Das Spitzenreiter beneidet und auch gejagt werden, gilt nicht nur im Sport. In der Konkurrenz der Medien um die Gunst der Leser geht es ähnlich zu. Deshalb wäre es schon nicht selbstverständlich, wenn sich das Deutsche Ärzteblatt im vergangenen Jahr als Nummer eins unter den medizinischen Fachzeitschriften nur behauptet hätte. Tatsächlich konnte es noch Leser dazugewinnen. Das hat die Leseranalyse medizinischer Fachzeitschriften ergeben, die jährlich von der unabhängigen Arbeitsgemeinschaft LA-MED vorgenommen wird.

Von den niedergelassenen Allgemeinärzten, Praktikern und Internisten lesen 75 Prozent wöchentlich das Deutsche Ärzteblatt. Die Reichweite

hat damit eine Rekordhöhe erreicht – 1,5 Prozentpunkte über dem schon hervorragenden Vorjahresergebnis. Zum Vergleich: Die Medical Tribune kommt auf 62,4 Prozent Reichweite, Arzt & Wirtschaft auf 54,8 Prozent, die Ärzte-Zeitung erreicht 49,7 Prozent. Von den Klinikärzten lesen sogar 91 Prozent wöchentlich das Deutsche Ärzteblatt, wie die letztjährige LA-MED gezeigt hat. In mehreren Gruppen niedergelassener Fachärzte sind es mehr als 80 Prozent.

Für das offizielle Organ der Ärzteschaft sei es keine Kunst, so gut abzuschneiden, lautet ein nahe liegendes Argument. Ein Blatt verfügbar zu haben sagt aber nichts aus über das Leseverhalten und die Leser-Blatt-Bindung, wie Beispiele vergleichbarer

Publikationen belegen. Nein, Ärztinnen und Ärzte wählen angesichts ihrer knappen Zeit sorgsam aus, was sie lesen. Das Ergebnis der LA-MED ist für die Redaktion deshalb Ansporn, das Vertrauen der Leserinnen und Leser zu rechtfertigen. Im September 2004 wurde beispielsweise das redaktionelle Angebot um die Beiträge zur zertifizierten Fortbildung erweitert – mit überwältigendem Echo in der Leserschaft: Inzwischen sind 190 000 Teilnahmen registriert.

Stillstand wird es auch künftig nicht geben. Ärztinnen und Ärzte dürfen gerade in politisch bewegten Zeiten, in denen sie in Klinik und Praxis vor tief greifenden Umwälzungen stehen, hohe Ansprüche an das Deutsche Ärzteblatt stellen. Heinz Stüwe